



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Harburg

## Öffentliche Bekanntmachung

Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Inneres  
am Donnerstag den 13.02.2020 um 18:00 Uhr

---

Raum, Ort: Raum 118 im Rathaus, Harburger Rathausplatz 1, 21073 Hamburg

---

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil:

- |     |  |                   |
|-----|--|-------------------|
| 1   | Machbarkeitsstudie S-Bahnhof (HIT/Borstelbek/Am Radeland)<br><i>Vorstellung durch Ingenieurbüro</i>  |                   |
| 2   | Velorouten - Sachstand   |                   |
| 3   | Stellungnahme zum Antrag SPD betr. Betriebsübergang von KVG-Buslinien zur HHA  | <b>21-0239.01</b> |
| 4   | Stellungnahme zum Antrag der GRÜNEN Fraktion betr. Einrichtung von Tempo 30-Zonen erneut prüfen  | <b>20-1993.01</b> |
| 5   | Stellungnahme zum Antrag CDU betr. Unfallgefährdungen für Schüler im Bezirk  | <b>20-4257.01</b> |
| 6   | Anträge der vorangegangenen Wahlperiode - weiteres Verfahren   |                   |
| 6.1 | Antwort zum Antrag SPD betr. Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge im Bezirk Harburg<br><i>Zuvor im Ausschuss Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz</i> | <b>20-2236.01</b> |
| 7   | Übersicht Baumaßnahmen - Januar 2020   | <b>21-0538</b>    |
| 8   | Mitteilungen der Verwaltung  |                   |
| 9   | Verschiedenes  |                   |

*gez. Vorsitzende/r*



## Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

<b>Antwort/Stellungnahme gem. § 27 BezVG</b>	Drucksachen–Nr.: <b>21-0239.01</b>  Datum: 21.01.2020
--	---

<b>Beratungsfolge</b>		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Mobilität und Inneres	

### **Stellungnahme zum Antrag SPD betr. Betriebsübergang von KVG-Buslinien zur HHA**

#### **Sachverhalt:**

Am 30.11.2019 laufen die Betriebskonzessionen der KVG Stade GmbH & Co. KG (KVG) für die gegenwärtigen Buslinien 140, 146, 157, 340, 349, 543 und E40 aus. Ab dem 1.12.2019 wird die Hamburger Hochbahn AG (HHA) diese Linien im Rahmen einer sog. Direktvergabe weiter betreiben. Dies bedeutet zunächst, dass die KVG weniger Fahrzeuge und Fahrpersonal benötigt, bei der HHA müssen entsprechend zusätzliche Fahrzeuge und Personal zum Einsatz kommen. Diese Veränderungen können sich negativ auf den Busverkehr auf den Linien auswirken, weil z.B. Fahrerinnen und Fahrer der KVG sich vorab eine andere Tätigkeit suchen. Denkbar wäre auch, dass die HHA nicht rechtzeitig genug ihrer Kapazitäten aufstocken kann. Vor dem Hintergrund soll im zuständigen Ausschuss möglichst vor der Betriebsübergabe ein Bericht gegeben werden.

#### **Petition/Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten, sachkundige Vertreterinnen oder Vertreter in den Ausschuss für Mobilität und Inneres (im November 2019) einzuladen. Sie sollen einen Bericht über den Betreiberwechsel von der KVG zur HHA geben, der u.a. die Auswirkungen für die Fahrgäste, die HHA und das Fahrpersonal der KVG darstellt.

**Bezirksversammlung Harburg  
Der Vorsitzende**

**17.01.2020**

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) nimmt zu dem Antrag SPD Drs. 21-0239 wie folgt Stellung:

Die Hochbahn hatte sich lange im Vorfeld auf die Betriebsführung dieser Linien eingestellt, die Umstellung erfolgte zum 01.12.2019 ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Da die Angelegenheit inzwischen abgeschlossen ist, wird davon abgesehen einen Vertreter in den Ausschuss für Inneres und Mobilität der Bezirksversammlung Harburg zu entsenden.

*gez. Heimath*

f.d.R.  
Wyzinski



## Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksamt Harburg

<b>Antwort / Stellungnahme des Bezirksamtes</b>  Marek, Regina; GRÜNE-Fraktion	Drucksachen-Nr.: <b>20-1993.01</b>  Datum: 10.12.2019
--	---

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Mobilität und Inneres	

### Stellungnahme zum Antrag der GRÜNEN Fraktion betr. Einrichtung von Tempo 30-Zonen erneut prüfen

#### Sachverhalt:

Mit der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 20-1901 regt die Verwaltung eine erneute Überprüfung der Einrichtung von Tempo 30-Zonen an, die die Bezirksversammlung in den Jahren 2011-2013 abgelehnt hat, bzw. die aufgrund damals fehlender Voraussetzungen von der Polizei abgelehnt wurden.

Nach Auskunft der Verwaltung wurden in den Jahren 2011, 2012, 2015 und 2016 keine Tempo 30-Zonen im Bezirksamtsbereich eingerichtet.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Verkehrspolitik des Hamburger Senates und gewandelter Bereitschaft zur Temporeduzierung außerhalb des Durchgangsverkehrs in weiten Kreisen der Gesellschaft ist eine erneute Befassung in den Gremien des Bezirkes sinnvoll.

#### Petition/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. Die in der Antwort zur Anfrage 20-1901 unter Ziffer 2 aufgeführten Straßen (Bissingstraße, Haakestraße, Sinstorfer Weg, u.a.) werden von der Verwaltung erneut überprüft hinsichtlich der Voraussetzungen der Einrichtung von Tempo 30-Zonen und bei positivem Ausgang der Überprüfung erneut vorgeschlagen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, das Straßennetz im Bezirksamtsbereich daraufhin zu überprüfen, in welchen Straßen die Einrichtung von Tempo 30-Zonen einen Sicherheits- und Komfortgewinn für andere VerkehrsteilnehmerInnen bedeutet, der die Verlangsamung des Verkehrs überwiegt. Die neuen Regelungen der Regierungsverordnung aus dem September 2016 sind dabei zu berücksichtigen. U. a. sollen die Straßen Langenbeker Weg, Ernst-Bergeest-Weg, Heimfelder Straße, Friedhofstraße, Eißendorfer Pferdeweg in die Prüfung einbezogen werden.

3. Die Ergebnisse der Überprüfung nach Ziffer 2 soll bis Ende 2017 im Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr dargestellt werden.

## **FREIE UND HANSESTADT HAMBURG** **Bezirksamt Harburg**

10.12.2019

Das Bezirksamt Harburg nimmt zu dem Antrag der GRÜNE Fraktion (Drs. 20-1993) wie folgt Stellung:

zu 1.: Für Bissingstraße und Haakestraße hat das PK Umbaumaßnahmen gefordert, bevor dort Tempo 30 angeordnet werden kann. Der Sinstorfer Weg ist bereits mit Tempo 30 ausgeschildert.

zu 2.: Diese Frage muss von der BIS beantwortet werden.

Die Belange von Kindern und Jugendlichen wurden geprüft und sind hinsichtlich einer Reduzierung der Geschwindigkeit vor Schulen und Kitas berücksichtigt.

*gez. Fredenhagen*

### **Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) antwortet zu Frage 2. wie folgt:**

Eine Überprüfung des gesamten Straßennetzes im Bezirksamtsbereich bezüglich der Ausweitung von Tempo-30-Zonen ist seitens der BWVI nicht geplant.

Sofern seitens des Bezirksamtes Vorschläge für mögliche weitere Tempo-30-Zonen geäußert werden, wird die BWVI eine Prüfung veranlassen.

Hauptverkehrsstraßen sind aufgrund ihrer besonderen Funktion von der Einführung einer Verkehrsberuhigung ausgeschlossen. Das Hauptverkehrsstraßennetz ist für die Abwicklung des übergeordneten Verkehrs mit Stadtteilverbindungsfunktion auf leistungsfähige Straßen ausgebaut. Es bildet das Rückgrat für eine zuverlässige Abwicklung des Kfz-Verkehrs, insbesondere des Wirtschaftsverkehrs und des straßengebundenen ÖPNV. Vor diesem Hintergrund sind die Straßen Langenbeker Weg, Ernst-Bergeest-Weg und Friedhofstraße von der Einrichtung einer Tempo-30-Zone ausgenommen.

Die Heimfelder Straße und der Eißendorfer Pferdeweg wurden bereits mit negativem Ergebnis auf die Eignung zur Einführung einer Verkehrsberuhigung überprüft (siehe Drucksachen 20-2987 und 20-0946).

08.01.2020 gez. Heimath

f.d.R. Wyzinski



## Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

<b>Antwort/Stellungnahme gem. § 27 BezVG</b>	Drucksachen-Nr.: <b>20-4257.01</b>  Datum: 28.01.2020
--	---

<b>Beratungsfolge</b>		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Mobilität und Inneres	

### **Stellungnahme zum Antrag CDU betr. Unfallgefährdungen für Schüler im Bezirk**

#### **Sachverhalt:**

Nach Berichten der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) besteht in Hamburg unverändert eine hohe Unfalllage bei Schülerunfällen. Danach passieren gemäß Statistik der Unfallkasse Nord ein großer Teil der Unfälle auf dem Weg zur Schule. Vor allem Schüler, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, sind Gefährdungen ausgesetzt. Fahrradunfälle sind mit 45 % die mit Abstand häufigsten Verkehrsunfälle in der Schülerunfallversicherung.

Allein im Kalenderjahr 2017 sind in Harburg 753 derartige Wegeunfälle von Schülern vorgekommen.

#### **Petition/Beschlussvorschlag:**

#### **Die Bezirksversammlung beschließt:**

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung möge Vertreter der Unfallkasse Nord und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr einladen und dort berichten lassen, in welchem Umfang im Einzelnen im Bezirk Harburg Schülerunfälle, insbesondere auch im Straßenverkehr, vorgefallen sind. Der Bericht soll sich auch darauf erstrecken, welche Maßnahmen zur Vermeidung der Unfälle getroffen werden können und ob ein Schwerpunkt bei Grundschulern festzustellen ist.

Hamburg, am 05.11.2018

Ralf-Dieter Fischer  
Fraktionsvorsitzender

Brit-Meike Fischer-Pinz  
Dr. Antje Jaeger  
Florian Klein

**Bezirksversammlung Harburg**  
**Der Vorsitzende**

**24.01.2020**

Die Unfallkasse Nord, Abteilung Prävention und Arbeitsschutz nimmt zu dem Antrag CDU Drs. 20-4257 wie folgt Stellung:

Bei dem Antrag geht es um den Wunsch der CDU-Fraktion zu Unfällen im Straßenverkehr von Schülerinnen und Schülern im Bezirk Harburg weitergehend informiert zu werden.

Schülerinnen und Schüler sind auf den Schulwegen, beim Aufenthalt in der Schule sowie bei Schulausflügen über die Unfallkasse Nord gesetzlich unfallversichert. Im Jahre 2018 wurden bei uns etwa 80.000 Schulunfälle gemeldet, davon etwa 5800 Wegeunfälle. Der Anteil von Wegeunfällen ist mit etwa 8 % am gesamten Unfallgeschehen seit Jahren konstant. Allerdings erfasst unsere Unfallstatistik keine Aufschlüsselung nach Straßen, Kreuzungen und Zebrastreifen. Örtliche Schwerpunkte für diese Wegeunfälle können wir deshalb nicht feststellen. Die Erfassung und Auswertung der Unfallanzeigen ist bundeseinheitlich geregelt und lässt leider solche Auswertungen für uns nicht zu. Solche Daten werden von der Polizei im Rahmen der Unfallaufnahme ermittelt. Vor diesem Hintergrund halte ich es für sinnvoller, wenn Sie sich mit Ihrem Anliegen an die Polizei wenden.

In dem Zusammenhang mit Verkehrsunfällen von Schülerinnen und Schülern möchte ich Sie noch auf unsere Bemühungen hinweisen, dass Schülerinnen und Schüler rechtzeitig und altersgerecht lernen, ihren Schulweg alleine zu bewältigen. Mit Sorge beobachten wir seit Jahren die zunehmende Zahl von Schülerinnen und Schülern, die von ihren Eltern im Auto zur Schule gefahren und wieder abgeholt werden – Stichwort Elterntaxi. Verkehrskompetenz lernt man aber nicht als Fahrgast im Auto, sondern durch aktive Teilnahme am Straßenverkehr. Und hier sind insbesondere die Eltern gefordert, mit ihren Kindern den Schulweg zu üben, am Anfang gerne auch gemeinsam. Ziel sollte es aber sein, dass Kinder innerhalb des ersten Schuljahres imstande sind, den Schulweg zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen.

Ich hoffe, diese Hinweise helfen Ihnen weiter. Bei weiteren Fragen zur Unfallstatistik wenden Sie sich bitte gerne an unseren Herrn Dr. Bögel, den Sie unter [Jan.Boegel@uk-nord.de](mailto:Jan.Boegel@uk-nord.de) und 040 / 271 53 – 219 erreichen.

*gez. Heimath*

f.d.R.  
Wyzinski





## Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

<b>Antwort/Stellungnahme gem. § 27 BezVG</b>	Drucksachen-Nr.: <b>20-2236.01</b>  Datum: 09.06.2017
--	---

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz	

### Antwort zum Antrag SPD betr. Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge im Bezirk Harburg

#### Sachverhalt:

Elektromobilität ist ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Aus diesem Grund fördert die Bundesregierung den Ausbau der entsprechenden Ladeinfrastruktur mit insgesamt 300 Mio. €. Der erste Förderaufruf im Umfang von 25 Mio. € hat bereits begonnen und endet am 31. März.

Auch im Bezirk Harburg ist die Initiative der Bundesregierung deutlich zu erkennen. Vielerorts werden neue E-Ladesäulen aufgestellt. Dieses geschieht durch die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und Stromnetz Hamburg, in Abstimmung mit der Tiefbauabteilung des Bezirk Harburg und mit der Beratung eines versierten Verkehrsplanungsbüros. Dieses wird durch die SPD-Bezirksfraktion begrüßt und unterstützt.

Ausbau der E-Ladeinfrastruktur bedeutet aber auch, den Wegfall von Parkplätzen für Fahrzeuge mit konventioneller Antriebstechnik. Deshalb ist es ist zu berücksichtigen, dass diese nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt werden, zum Beispiel in Zonen mit eingeschränktem Halteverbot vor Ärzthäusern. Diese Zonen wurden eingerichtet um kranken und älteren Menschen ein Ein- und Aussteigen vor dem Ärztezentren zu ermöglichen.

#### Petition/Beschlussvorschlag:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, je einen Vertreter der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Stromnetz Hamburg, des Bezirksamtes Harburg und des beratenden Verkehrsplanungsbüros in den Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz einzuladen um zu folgenden Punkten zu berichten:

- Nach welchen Kriterien wurden die bereits realisierten Plätze für E-Ladeinfrastruktur ausgewählt?
- Wo sind weitere Plätze im Bezirk Harburg geplant?
- Wie werden die weiter bestehenden Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer mit konventionellen Autos berücksichtigt?
- Werden Zonen vor Ärztezentren wie in Hausbruch besonders geprüft und behandelt?
- Gibt es bereits Erkenntnisse in wieweit die bestehende Ladeinfrastruktur genutzt wird?

**Bezirksversammlung Harburg**  
**Der Vorsitzende**

**09.06.2017**

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation nimmt zu dem Antrag SPD Drs. 20-2236 wie folgt Stellung:

Gerne kommen wir der Bitte nach. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass die Stromnetz Hamburg GmbH nicht an der Standortauswahl beteiligt ist. Stattdessen empfehlen wir eine Teilnahme durch hySOLUTIONS, mit der durch die zuständige Behörde und dem beauftragten Verkehrsplanungsbüro ARGUS die Standortauswahl getroffen wird.

*gez. Rajski*

f.d.R.  
Wyzinski



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Harburg

<b>Mitteilungsvorlage öffentlich</b>	Drucksachen-Nr.: <b>21-0538</b> Datum: 04.02.2020
--------------------------------------	--

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Öffentlich	Ausschuss für Mobilität und Inneres	

### Übersicht Baumaßnahmen - Januar 2020

**Sachverhalt:**  
Kenntnisnahme

**Anlage/n:**  
Siehe Anlage

